

KREATIV

ANTIZYKLISCH

PARTNERSCHAFTLICH

Haushaltsrede des Landrates Wolfgang Spreen zur Einbringung des Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 in der Sitzung des Kreistages am 17. Dezember 2009

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

beinahe täglich vermehren die Medien, dass wir uns mitten in der weltweit größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland befinden. Und auch zahlreiche Kommunen in unserem Land befinden sich in großen Schwierigkeiten.

Unter dieser Rahmenbedingung ist es deshalb nicht selbstverständlich, dass ich Ihnen heute einen Haushalt präsentieren kann, der von Solidität, Verlässlichkeit und Solidarität - insbesondere gegenüber unseren kreisangehörigen Städten und Gemeinden – geprägt ist.

Geradezu außergewöhnlich ist es jedoch, dass der Kreis Kleve darüber hinaus auch noch in der Lage sein wird, wegweisende Zukunftsprojekte **kreativ** zu gestalten, und hierfür - **antizyk-**

lisch zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft im übrigen – hohe Investitionen vornehmen kann. Und das in bewährt **partnerschaftlichem** Verhältnis zu unseren 16 kreisangehörigen Kommunen.

Natürlich geht die Krise mit wegbrechenden Steuereinnahmen und deutlich steigenden Transferbelastungen aufgrund zunehmender Arbeitslosigkeit auch am Kreis Kleve nicht vorüber. Aber nun zahlt sich aus, dass der Kreis Kleve in der Vergangenheit stets besonders umsichtig und verantwortungsbewusst gewirtschaftet hat. Während andernorts angesichts der zum Teil desaströsen Lage Hilflosigkeit und Resignation herrschen, sind wir in der erfreulichen und fast schon komfortablen Lage, den Schwierigkeiten konstruktiv zu begegnen.

Lassen Sie mich zunächst die wesentlichen Aussagen zum Doppelhaushalt des Kreises Kleve für die absehbar besonders kritischen Jahre 2010 und 2011 herausstellen:

Erstens: Wir belassen den **Hebesatz der Kreisumlage** des Jahres 2009 auch für die Jahre 2010 und 2011 unverändert bei 31,40 Prozent.

Zweitens: Wir nutzen die in den vergangenen Jahren im damaligen kameralen System angesammelte **Pensionsrücklage** in Höhe von 9,4 Mio. EUR zur Minderung unseres Umlagebedarfes. Denn im neuen Rechnungswesen werden kaufmännisch ermittelte Pensionsrückstellungen ausgewiesen, so dass da-

neben für zusätzliche Pensionsrücklagen kein zwingender Bedarf besteht.

Drittens: Wir weisen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 bewusst Fehlbeträge über jeweils rd. 4,9 Mio. EUR aus und führen den Haushaltsausgleich erst durch eine Inanspruchnahme der **Ausgleichsrücklage** herbei. Damit setzen wir das Instrument der Ausgleichsrücklage zielgerichtet antizyklisch ein, um unsere Kommunen in zwei schwierigen Jahren zu entlasten.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich nun zunächst einen Blick auf das Volumen des Gesamthaushaltes werfen, ehe ich mich einzelnen Positionen näher zuwende:

Der **Ergebnisplan** umfasst in 2010 Erträge von gut 308 Mio. EUR, denen Aufwendungen von knapp 313 Mio. EUR gegenüber stehen.

In 2011 ergibt sich ein ähnliches Bild: hier weist die Ergebnisplanung Erträge von 307 Mio. EUR und Aufwendungen von 312 Mio. EUR aus.

Per saldo verbleibt in beiden Haushaltsjahren ein negatives Jahresergebnis von jeweils rd. 4,9 Mio. EUR, welches wie be-

reits gesagt über eine teilweise Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage **fiktiv ausgeglichen** werden kann.

Die **Ausgleichsrücklage** des Kreises Kleve beläuft sich auf einen Betrag von nahezu 49,9 Mio. EUR. Nach ihrer Inanspruchnahme in den Jahren 2010 und 2011 wird sie weiterhin rd. 40,2 Mio. EUR umfassen. Ich halte die Verringerung des Bestandes der Ausgleichsrücklage ausnahmsweise angesichts der schwierigen Lage für ein probates Mittel, um dem vorübergehenden Engpass unserer kreisangehörigen Kommunen entgegenzuwirken. Damit die Ausgleichsrücklage aber dauerhaft als Steuerungsinstrument erhalten werden kann, wird es erforderlich sein, sie in besseren Zeiten wieder auf den zulässigen Höchstbetrag aufzufüllen.

Der Verzicht auf einen vollständigen Haushaltsausgleich in den Jahren 2010 und 2011 ist die Basis dafür, die ansonsten für den Haushaltsausgleich vorgesehene **Kreisumlage** nicht in dem eigentlich notwendigen Umfang zu erheben. Ich schlage Ihnen deshalb vor, den **Hebesatz der Kreisumlage** für die genannten Jahre mit 31,40 Prozent auf dem Niveau des Jahres 2009 festzuschreiben. Im Verbund mit rückläufigen Umlagegrundlagen bedeutet dies für unsere Kommunen den Rückgang ihrer Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Kreis Kleve. Im Vergleich zu 2009 verringert sich die Zahllast unserer Städte und Gemeinden um rd. 2,2 Mio. EUR in 2010 und sogar um rd. 6,1 Mio. EUR in 2011.

Diese Entlastung für unsere Kommunen wird auch dadurch ermöglicht, dass der Kreis Kleve in den Jahren 2010 und 2011 die unter ehemals kamerale Vorzeichen angesparte **Pensionsrücklage** erfolgswirksam auflöst und zur Senkung des Kreisumlagebedarfes einsetzt. So ist vorgesehen, in 2010 einen Betrag von rd. 1,6 Mio. EUR und in 2011 einen Betrag von rd. 7,8 Mio. EUR einzusetzen. Dies führt in Summe zu einem positiven Effekt für den Kreishaushalt in Höhe von knapp 9,4 Mio. EUR.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich möchte jetzt Ihren Blick auf einige der Aufwandspositionen lenken, die den Ergebnisplan des Kreises Kleve in besonderer Weise prägen, und zwar vor allem aus dem Bereich der sozialen Transferleistungen.

Aus der eingeblendeten Grafik zu **Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende** nach dem SGB II wird erkennbar, dass die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften seit dem Höchststand im April 2006 mit 8.713 bis zum Dezember 2008 auf den bisherigen Tiefststand von 6.962 zurückgeführt werden konnte. Die intensiven und erfolgreichen Vermittlungsbemühungen der Optionskommune Kreis Kleve weisen hier deutliche Erfolge auf. Demgegenüber ist jedoch seit Anfang des Jahres eine gegenläufige Entwicklung zu verzeichnen, weil Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit nunmehr auch im SGB II-Bereich angekommen sind. Diese Entwicklung dürfte voraussichtlich auch in den kommenden Monaten anhalten. Der von der Agentur für Arbeit für

den Kreis Kleve bekanntgegebene Anstieg der Arbeitslosen im Bezug des Arbeitslosengeldes I im Oktober 2009 um 53,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat lässt befürchten, dass der größere Zustrom in das Leistungssystem des SGB II noch vor uns liegt.

Im Vergleich zum Planansatz für das laufende Haushaltsjahr 2009 mit einer Netto-Belastung des Kreishaushaltes von rd. 8,3 Mio. EUR rechnen wir deshalb in 2010 und 2011 mit Nettobelastungen von jeweils mehr als 11 Mio. EUR. Dies bedeutet für 2010 einen zusätzlichen Aufwand von 3 Mio. EUR und für 2011 von rd. 2,8 Mio. EUR – jeweils im Vergleich zum Haushaltsplan des lfd. Jahres. Dabei ist die Planung von der Hoffnung getragen, dass noch im Haushaltsjahr 2011 eine Trendumkehr einsetzen sollte.

Schon seit Jahren zunehmend belastet wird der Kreishaushalt auch durch die **Hilfe zur Pflege**. Hier bewirkt die demografische Entwicklung eine stetige Zunahme des begünstigten Personenkreises, so dass die voraussichtlichen Nettobelastungen des Kreishaushaltes von rd. 13,4 Mio. EUR in 2009 über 13,9 Mio. EUR in 2010 auf voraussichtlich 15,1 Mio. EUR in 2011 ansteigen werden. Dies bedeutet für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 gegenüber 2009 zusätzliche Belastungen von rd. 450 Tsd. EUR bzw. von rd. 1,6 Mio. EUR.

Ebenfalls dem Sozialbereich, nämlich der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**, ist eine weitere den Kreishaushalt permanent stärker belastende Aufgabe zuzurechnen.

Auch hier ist ebenfalls infolge der demografischen Entwicklung – aber auch aufgrund steigender Heizkosten und Mieten – mit zusätzlichem Aufwand zu rechnen. Lag die Nettobelastung für diesen Aufgabenbereich im Jahre 2009 noch bei rd. 8,3 Mio. EUR wird sie in 2010 voraussichtlich auf 8,6 Mio. EUR und in 2011 gar auf 9,1 Mio. EUR ansteigen. Dies sind im Vergleich zum laufenden Haushalt zusätzliche Belastungen von rd. 300 Tsd. EUR bzw. von rd. 700 Tsd. EUR in 2011.

Meine Damen und Herren, diese Aufwendungen mögen uns rein fiskalisch betrachtet mit Sorge erfüllen, lassen Sie uns aber bitte dabei zu keiner Zeit vergessen, dass diese sozialen Leistungen aus der Solidarität mit den betroffenen Menschen notwendig und geboten sind, die gerade in schwierigen Zeiten auf den Schutz und die Unterstützung unserer Gemeinschaft angewiesen sind.

Bei den **Personalaufwendungen** einschließlich der **Versorgungsaufwendungen** rechnen wir in den kommenden beiden Jahren infolge bereits beschlossener bzw. erwarteter Besoldungs- und Tarifierungen mit einem eher moderaten Kostenanstieg; allerdings sind diese Aufwandsarten für den Kreishaushalt nicht unbedeutend. So erwarten wir in 2010 Personal- und Versorgungsaufwendungen von 38,0 Mio. EUR und in 2011 in Höhe von knapp 38,2 Mio. EUR, so dass der Kreishaushalt gegenüber 2009 um zusätzliche 0,2 Mio. EUR bzw. 0,4 Mio. EUR belastet wird. Hätte der Kreis Kleve in diesem Bereich nicht seit nunmehr 20 Jahren eine äußerst restriktive Personalpolitik mit einer deutlichen Reduzierung des Stellenplans

betrieben, müssten wir noch über ganz andere Beträge sprechen, die uns Jahr für Jahr immer mehr einschnüren würden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ihnen ist bekannt, dass der Kreishaushalt zum nicht geringen Teil fremdbestimmt wird. Das trifft nicht nur für den Bereich der Sozialleistungen zu, sondern auch für die Zahlungen aus dem landesweiten Finanzausgleich und natürlich auch für die Landschaftsumlage. Deshalb ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass der Landschaftsverband Rheinland verwaltungsseitig erklärt hat, den Umlagehebesatz von 15,85 % mit Rücksicht auf seine Mitgliedskörperschaften in 2010 konstant halten zu wollen. Und wir zählen darauf, dass der LVR seinen Beitrag zur Entlastung des kommunalen Raumes nicht nur in 2010, sondern auch im Jahre 2011 leisten wird.

Ich will jedoch nicht verhehlen, dass der LVR im Rahmen des Beteiligungsverfahrens seine Mitgliedskörperschaften auf bestehende Risiken hingewiesen hat, die sich möglicherweise aus seiner Inanspruchnahme im Zusammenhang mit dem noch laufenden Konsolidierungsprozess der WestLB ergeben könnten. Da diesbezügliche Konkretisierungen z. Z. nicht möglich sind und die Einbringung des Entwurfs des Haushaltes des LVR in die Landschaftsversammlung Rheinland erst Ende Februar 2010 erfolgen wird, wurde der Kreishaushalt zunächst in der Erwartung des unveränderten Hebesatzes der Landschaftsumlage für die Jahre 2010 und 2011 aufgestellt.

Auf der Basis der 2. Modellrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 sowie der Orientierungsdaten des Innenministeriums für die Folgejahre errechnet sich demnach eine durch den Kreis Kleve zu entrichtende Landschaftsumlage von 55,6 Mio. EUR in 2010 und von 53,4 Mio. EUR in 2011. Das bedeutet für den Kreis Kleve in absoluten Zahlen den Rückgang der Zahllast gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr um 1,4 bzw. 3,7 Mio. EUR.

Diesen erwarteten Verbesserungen für den Kreisetat stehen allerdings aus dem Gemeindefinanzausgleich spürbare Verschlechterungen gegenüber, indem die durch das Land gezahlten Schlüsselzuweisungen für den Kreis Kleve in 2010 um rd. 2,2 Mio. EUR und in 2011 um rd. 3,9 Mio. EUR geringer ausfallen werden als in 2009.

Ich komme nun zum „Gesetz zur Förderung zusätzlicher Investitionen in Nordrhein-Westfalen“ oder kürzer gesagt zum „**Konjunkturpaket II**“. Der Kreis Kleve hat die vom Bund bzw. vom Land bereitgestellten Mittel – das sind für uns insgesamt immerhin rd. 6,8 Mio. EUR – gezielt für eine Verwendung in den beiden Haushaltsjahren 2009 und 2010 eingeplant. Die Abwicklung der Maßnahmen für 2009 ist praktisch abgeschlossen. Für 2010 ist noch ein Betrag von 3 Mio. EUR verfügbar. Entsprechende Mittel wurden in den Entwurf des Haushaltsplanes pauschal eingestellt. Auf die diesbezügliche separate Beschlussvorlage möchte ich an dieser Stelle lediglich hinweisen.

Herausstellen möchte ich aber einen anderen Aspekt: Die zunehmend rückläufige Entwicklung der Steuerkraft unserer Kommunen macht deutlich, dass es richtig war, die Inanspruchnahme der Mittel aus dem Konjunkturpaket II über den gesamten Förderzeitraum von zwei Jahren zu verteilen. Auf diese Weise hält die konjunktur- und beschäftigungsfördernde Wirkung des Konjunkturpaketes länger an. Dies kommt vor allem unserem traditionell starken mittelständischen Handwerk mit seinen zahlreichen Beschäftigten zu Gute.

In diesem Zusammenhang ist natürlich noch ein anderes Thema für uns alle außerordentlich bedeutsam: Denn als **d a s** Konjunkturpaket im Kreis Kleve schlechthin darf derzeit sicherlich die **Errichtung der Hochschule Rhein-Waal** in unserer Kreisstadt Kleve bezeichnet werden. Schon heute kann die erst wenige Monate junge Hochschule eine bemerkenswerte Entwicklung vorweisen:

Die Präsidentin der Hochschule Rhein-Waal, Frau Professorin Dr. Marie-Louise Klotz, hat mit ihrem engagierten Team innerhalb kürzester Zeit attraktive Studiengänge konzipiert und sozusagen aus dem Stand rund 150 Studierende gewonnen, davon 100 für den Hauptstandort Kleve. Sie erwartet bereits zum Wintersemester 2010/2011 bis zu 1.000 Studierende, davon 600 am Campus Kleve. Die Anzahl der Professorinnen und Professoren wird bis Ende 2010 um 32 auf dann 40 ansteigen. Gleichzeitig wird die Hochschule in ihren unterschiedlichen Bereichen wie Wissenschaft, Bibliothek oder Verwaltung an die 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen.

Diese rasante Entwicklung unterstreicht die Bedeutung eines schnellstmöglichen Hochschulneubaus in Kleve. Um dies zu gewährleisten, hat der Kreis Kleve die Bauherrenschaft für dieses Jahrhundertprojekt übernommen. In wenigen Tagen schon wird mit den Vorbereitungen für die umfangreichen Bauarbeiten begonnen, die ein Investitionsvolumen von mehr als 110 Mio. EUR umfassen und der heimischen Wirtschaft im Rahmen von Vergabeverfahren entsprechende Auftragschancen eröffnen werden.

Vieles zu schultern haben wird dabei unsere „KKB“, die Kreis Kleve Bauverwaltungsgesellschaft mbH. Sie steuert und überwacht nicht nur den umfangreichen Hochschulbau und die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II, sondern erledigt sozusagen „nebenbei“ auch noch die diversen anderen Bau- und Unterhaltungsaufgaben an den Liegenschaften des Kreises Kleve, die auch nicht zu kurz kommen dürfen.

So werden auch in den kommenden beiden Haushaltsjahren wieder erhebliche Beträge in die Hand genommen, um z.B. den guten Unterhaltungszustand unserer Schulen und Einrichtungen auf hohem Niveau zu halten. Insgesamt wird der Kreis Kleve in den beiden Planjahren rd. 1,9 Mio. EUR bzw. 2,4 Mio. EUR in die **bauliche Unterhaltung** seiner Gebäude investieren.

Darüber hinaus werden für die **Unterhaltung** des 425 km langen **Straßen- und Radwegenetzes** in 2010 ca. 4,8 Mio. EUR und in 2011 ca. 4,2 Mio. EUR bereitgestellt.

Über alle seine Einrichtungen, also von der Verwaltung im engeren Sinne, über den Feuerschutz bis hin zum Medienzentrum, um nur einige Bereiche zu nennen, wird der Kreis Kleve während der Laufzeit des Doppelhaushaltes jährlich mehr als 1,8 Mio. EUR z.B. für Möbel, Fahrzeuge oder technische Geräte, also für den **Erwerb beweglichen Anlagevermögens** aufwenden. Mehr als ein Drittel entfällt davon jeweils auf den Schulsektor.

Meine Damen und Herren,
alles in allem genommen wird der Kreis Kleve mit

- seinen Investitionen aus dem Konjunkturpaket II,
- seinen laufenden Unterhaltungs- und Investitionsmaßnahmen sowie
- den Investitionen für den Hochschulbau

ein Investitionsvolumen von **130 Mio. EUR** in Auftrag geben. Und dies wie gesagt mitten in der weltweit größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Ich glaube, dass wir hierauf bei aller Bescheidenheit in unserem schönen Kreis Kleve miteinander auch ein wenig stolz sein dürfen.

Dabei dürfen wir auch die ebenfalls bedeutsamen Investitionen am und um den **Flughafen Weeze** nicht vergessen. Der Airport ist rasant gewachsen und er wird weiterhin stark wachsen und entsprechende Investitionen nach sich ziehen. Wer hätte schon gedacht, dass der Airport im kommenden Jahr bereits 2,7 Mio. Flugpassagiere erwartet, die mit dann 9 fest stationierten Flugzeugen mehr als 65 Destinationen ansteuern? Bereits heute sind rd. 1.100 Arbeitsplätze im Bereich des Flughafens entstanden. Tendenz steigend!

Eine unverzichtbare Grundlage hierfür waren und sind die seinerzeit vom Kreis Kleve und von der Gemeinde Weeze gewährten Darlehen, deren Rückzahlung zum Jahresende 2010 vereinbart ist, was seinen entsprechenden Niederschlag in der Finanzplanung des Jahres 2010 findet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

weitere Investitionen fördern soll auch die Veranschlagung von jährlich jeweils 100.000 EUR für das **Projekt „Agrobusiness Region Niederrhein“**. Denn der Kreis Kleve ist nach wie vor in großen Teilen landwirtschaftlich oder gartenbaulich geprägt. Agrobusiness zählt von daher nicht ohne Grund zu den bedeutendsten Kompetenzfeldern des Wirtschaftsstandortes Kreis Kleve. Über 11.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte dokumentieren dies eindrucksvoll. In den kommenden drei Jahren sollen daher die in 2007 begonnenen Aktivitäten und Mitgliedschaften zur Förderung des Agrobusiness-Standortes

Kreis Kleve durch die Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH weitergeführt und gefestigt werden.

Dies bedeutet konkret

- die Fortsetzung der Mitgliedschaft und der aktiven Mitarbeit in den Gremien der auch vom Land geförderten Initiative „Agrobusiness Region Niederrhein“
- die Begleitung und Moderation der Umsetzungsüberlegungen zum Thema „Agro-Park“,
- die inhaltliche Projektmitwirkung bei der Umsetzung des Euro-Interreg-Projektes „Leisure Valley – Genießen im Grünen“ zur Förderung regionaler Produkte der Ernährungswirtschaft und zur Förderung agrotouristischer Angebote,
- die Mitarbeit im „Aktionsbündnis Direkt- und Regionalvermarktung am Niederrhein“ sowie in der „Genussregion Niederrhein e.V.“,
- die Fortsetzung der Kampagne „Qualität hat ein Zuhause“ und schließlich
- die Fortsetzung der unterstützenden Öffentlichkeitsarbeit für herausragende Leistungen in der Landwirtschaft.

Die Bereitstellung der genannten zusätzlichen Betriebskostenzuschüsse von insgesamt 300.000 EUR an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Kleve gewährleistet, dass all diese Aktivitäten auch bis ins Jahr 2013 hinein realisiert werden können.

Damit der Kreis Kleve dauerhaft seine Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit behält, muss unser Bestreben darauf gerichtet sein, auch zukünftig möglichst hohe Erträge aus unserem Finanzanlagevermögen zu erzielen. Ich habe Ihnen daher in einer separaten Beschlussvorlage Handlungsoptionen für das Vorgehen Anfang des Jahres 2010 aufgezeigt, wenn das mit der WestLB vor fünf Jahren abgeschlossene Wandelanleihegeschäft ausläuft.

Meine Damen und Herren,

ich komme nun zur **differenzierten Jugendamtsumlage** für die Kommunen ohne eigenes Jugendamt. Unter Berücksichtigung erwarteter Umlageüberzahlungen aus Vorjahren verbleibt ein Betrag von rd. 19 Mio. EUR in 2010 bzw. von knapp 20,8 Mio. EUR in 2011, der jeweils über die Jugendamtsumlage zu tragen ist. Dies ist in absoluten Zahlen ein Anstieg gegenüber dem Umlagebedarf des Jahres 2009, der bei knapp 18 Mio. EUR lag, von rd. 1,1 Mio. EUR in 2010 bzw. von rd. 2,8 Mio. in 2011.

Auf der Basis der erwarteten Umlagegrundlagen hat dies eine Anhebung des Hebesatzes der Jugendamtsumlage von aktuell 12,22 Prozent auf 13,42 Prozent in 2010 und auf 15,22 Prozent in 2011 zur Folge.

Inhaltlich ist der Anstieg des Umlagebedarfs im Jugendhilfebereich insbesondere durch die kind- und familiengerechte Entwicklung im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder begrün-

det. Hier wirkt sich der weitere, von uns gewollte Ausbau der Betreuungsplätze für die unter-3-jährigen Kinder aus. Planerisch wird in den Jahren 2010 und 2011 die Schaffung von jeweils 108 neuen Plätzen angestrebt.

Die Ausweitung der sogenannten U 3 – Betreuung führt zu kleineren Gruppen und höheren Betriebskostenzuschüssen je Kind. Das bedeutet in der Konsequenz, dass für jedes Kind deutlich mehr Betreuungspersonal zur Verfügung steht. Dies erlaubt nicht nur eine bessere und intensivere Betreuung, sondern vor allem ein Mehr an Zeit der Erzieherinnen für die individuelle Förderung und Bildung eines jeden einzelnen Kindes. Moderate Beiträge eröffnen zudem den Eltern, sich nach Bedarf für die Annahme dieses Bildungs- und Betreuungsangebotes zu entscheiden.

Der Zuschussbedarf im Bereich der Kindertagesstätten erhöht sich infolge dieser Entwicklungen von rd. 9,9 Mio. EUR in 2009 auf 10,9 Mio. EUR in 2010 und schließlich auf 11,3 Mio. EUR in 2011.

Meine Damen und Herren, neben der allgemeinen Kreisumlage und der Jugendamtsumlage erhebt der Kreis Kleve von seinen Kommunen außerdem eine Umlage für die nicht durch andere Einnahmen gedeckten Kosten des Öffentlichen Personennahverkehrs. Diese **ÖPNV-Umlage**, die sich aus dem Zuschussbedarf für die Linienverkehre sowie für den Night-Mover zusammensetzt, kann deutlich gesenkt werden. Dies führt zu einer weiteren Entlastung des kommunalen Raumes. Konkret

bedeutet dies einen Umlage-Rückgang von rd. 3,85 Mio. EUR in 2009 auf 3,47 Mio. EUR in 2010 und auf rd. 3,5 Mio. EUR in 2011.

Dabei werden die Kommunen über die sinkenden Kosten der Linienverkehre allein in 2010 und 2011 um jeweils mehr als 370.000 EUR bzw. 340.000 EUR entlastet. Dies ist Ausfluss der verbesserten Konditionen, die sich - aufgrund des am 26.11.2009 gefassten Dringlichkeitsbeschlusses - aus dem mit der NIAG geschlossenen neuen Verkehrsvertrag ergeben.

Ich habe Ihnen damit die Ergebnisplanung des Kreises Kleve für die Jahre 2010 und 2011 in ihren wesentlichen Grundzügen vorgestellt.

Ich möchte diese Haushaltseinbringung jedoch nicht beschließen, ohne zuvor Ihren Blick noch kurz auf den **Finanzplan** gerichtet zu haben, der nach den geltenden haushaltsrechtlichen Regelungen neben dem Ergebnisplan die zweite Säule des kommunalen Haushaltsplanes bildet. Während der Ergebnisplan - vergleichbar der unternehmerischen Gewinn- und Verlustrechnung - unmittelbar Aussagen über den wirtschaftlichen Unternehmenserfolg zulässt, bildet der Finanzplan die geplanten Ein- und Auszahlungen ab; er ermöglicht somit die Sicht auf den Liquiditätsbedarf in den einzelnen Rechnungsperioden.

Der Blick auf die Ein- und Auszahlungen des Jahres 2010 zeigt bei Einzahlungen von rd. 339 Mio. EUR und Auszahlungen von rd. 328 Mio. EUR einen deutlichen Liquiditätszufluss, der im

Wesentlichen aus der Ende 2010 vereinbarten Abwicklung der Finanzbeziehungen zwischen dem Kreis Kleve, der EEL GmbH und der FN GmbH resultiert.

Die **Finanzplanung des Haushaltsjahres 2011** ist derjenigen des Jahres 2010 grundsätzlich vergleichbar. Allerdings weist der Saldo der Ein- und Auszahlungen einen Liquiditätsabfluss von rd. 3,9 Mio. EUR aus. Der aus 2010 herrührende hohe Bestand an liquiden Mitteln lässt jedoch zu, auch im Jahre 2011 auf die Aufnahme von Kreditmarktmitteln zu verzichten.

Da der Kreis Kleve in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 keine neuen Kredite aufnehmen wird, werden die Kreditverbindlichkeiten Ende 2011 nur noch bei 26,1 Mio. EUR liegen. Auch damit kann der Kreis Kleve sich sehr gut sehen lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bin davon überzeugt, dass der heute vorgelegte Haushalt einmal mehr eine gute und solide Gestaltungsgrundlage für die vor uns liegenden Jahre bietet und wir zuversichtlich sein dürfen, die vor uns liegenden Aufgaben in bewährter Gemeinsamkeit und mit dem uns im Kreis Kleve kennzeichnenden Verantwortungsbewusstsein meistern zu können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen in den kommenden Wochen gute und erfolgreiche Haushaltsberatungen. Sollten Sie bei Ihren Beratungen Fragen haben, so wird die Verwaltung sie gerne beantworten. Falls es von Ihnen ge-

wünscht wird, gilt dies natürlich auch im Rahmen Ihrer Fraktionsberatungen.

Vielen Dank!